



Newsletter Regina Jäck

**Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. In dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Sozialausschuss, im Gleichstellungsausschuss und im Haushaltsausschuss. Im Kulturausschuss bin ich ständige Vertreterin.

Hamburg verfügt insgesamt über eine der besten ambulanten Versorgungsstrukturen in Deutschland. Dennoch kommt es auch in einzelnen Stadtteilen immer wieder zu spürbaren Engpässen in der medizinischen Versorgung – aktuell auch in Steilshoop. Für mich und meine Fraktion ist klar:

Eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung muss sich an den konkreten regionalen Bedürfnissen orientieren und darf sich nicht allein auf gesamtstädtische Durchschnittswerte stützen.

Wir werden die offenen Fragen unter anderem in einer von uns beantragten Expert:innenanhörung im Gesundheitsausschuss im März weiter vertiefen, zu der wir die vor allem zuständigen Beteiligten der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen eingeladen haben.

Herzliche Grüße

Regina Jäck

Eröffnung Black History Month am 2.2. um 18.30 Uhr im Festsaal des Rathauses

Wir freuen uns auf Podiumsgespräche, musikalische Einlagen und im Anschluss ein Get-Together mit Fingerfood und Getränken.

Eine Anmeldung über [Eventbrite](#) oder per E-Mail an info@spd-fraktion.hamburg.de ist erforderlich.

Nächste Sitzung der Bürgerschaft am 11. Februar

Unter der Seite [Livestream - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

Infostand in Bramfeld am 13. Februar, 10-12 Uhr

Was sind Ihre Themen und Fragen?

Treffen Sie mich und meine KollegInnen aus der Bürgerschaft am Infostand auf dem Bramfelder Marktplatz.

Sozialer Wohnungsbau auf Rekordniveau: Hamburg bleibt Vorreiter bei der Wohnraumförderung

Unser Senat hat am 27. Januar die Bilanz der Wohnraumförderung 2025 vorgestellt und einen Ausblick für 2026 gegeben. Für unsere Fraktion zeigen die Zahlen deutlich: Hamburg setzt konsequent auf eine starke, sozial ausgerichtete Wohnraumförderung und bleibt bundesweit Vorreiter bei Ausbau und Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Für das Jahr 2026 stehen rund 868 Millionen Euro zur Verfügung, um diesen Kurs fortzusetzen.

Dazu Martina Koeppen, unsere stadtentwicklungspolitische Sprecherin: „2025 wurden insgesamt 6.369 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bewilligt. Das ist ein Rekordwert, den Hamburg seit den 1990er Jahren nicht mehr erreicht hat. Dieser Erfolg beruht auf einer starken Kombination aus Neubau, Modernisierung und der Sicherung bestehender Bindungen.

Die guten Zahlen belegen auch einen langfristigen positiven Trend: Seit 2011 wurden in Hamburg 32.446 Sozialwohnungen fertiggestellt, so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt. Hinzu kommen zahlreiche Bindungsverlängerungen sowie die Modernisierung bestehender Bestände.

Damit ist es gelungen, den Bestand an gefördertem Wohnraum auf einem hohen und stabilen Niveau zu halten. Diese Bilanz zeigt klar: Hamburgs Wohnraumförderung wirkt dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird, um Wohnen für alle Einkommensgruppen lebenswert und bezahlbar zu halten.

Mit dem gezielten Ausbau im 1. Förderweg mit Mieten ab 7,25 Euro pro Quadratmeter, der Unterstützung für mittlere Einkommen im 2. und 3. Förderweg sowie erheblichen Investitionen in den Bestand verfolgen wir einen klaren sozialen Anspruch. Parallel arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Baukosten zu senken, Bauen einfacher zu machen und vor allem neue Grundstücke für den Wohnungsbau zu erschließen. Die für 2026 bereitgestellten 868 Millionen Euro machen deutlich: Hamburg bleibt Vorreiter einer sozialen und verlässlichen Wohnungspolitik.“

**Ambulante Versorgung:
Regionale Versorgungslage
in Steilshoop und anderen
Stadtteilen gezielt
verbessern**

Hamburg verfügt insgesamt über eine sehr gute ambulante Versorgungsstruktur. Dennoch kommt es in einzelnen Stadtteilen immer wieder zu spürbaren Engpässen in der medizinischen Versorgung – aktuell auch in Steilshoop. Über dieses Thema haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft debattiert. Für unsere Fraktion Hamburg ist klar: Eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung muss sich an den konkreten regionalen Bedürfnissen orientieren und darf sich nicht allein auf gesamtstädtische Durchschnittswerte stützen. Voraussetzung für eine sachliche Beurteilung seitens der Politik ist jedoch eine transparente und belastbare Datenlage zur tatsächlichen Versorgungssituation vor Ort.

Dazu Claudia Loss, unsere gesundheitspolitische Sprecherin: „Hamburg verfügt insgesamt über eine der besten ambulanten Versorgungsstrukturen in ganz Deutschland. Gleichzeitig zeigen sich in einzelnen, vor allem sozial benachteiligten Stadtteilen spürbare Versorgungsengpässe, auch in Steilshoop. Unser zentrales Anliegen ist es daher, die ambulante Versorgung vor Ort gezielt zu stärken. Diese Fragen begleiten wir seit Langem politisch und bringen sie kontinuierlich in den parlamentarischen Prozess ein.

Die Verantwortung für die Verteilung und Zulassung der Kassensitze liegt im Rahmen der Selbstverwaltung grundsätzlich bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und den Krankenkassen. Wir setzen uns seit Langem sowohl gegenüber der KV als auch auf Bundesebene für eine kleinräumigere Bedarfsplanung ein, die sozial benachteiligte Stadtteile stärker berücksichtigt. Ergänzend halten wir ein stärkeres Mitspracherecht der Landesbehörden bei der Bedarfsplanung für sinnvoll, um regionale Besonderheiten besser berücksichtigen zu können.

Damit diese Instrumente verbindlich zur Anwendung kommen, ist auch die Bundesgesundheitsministerin Warken gefordert, die entsprechenden bundesrechtlichen Regelungen weiterzuentwickeln. Für eine verlässliche Einschätzung der Versorgungslage vor Ort sind die zuständigen Behörden auf transparente Informationen der Kassenärztlichen Vereinigung angewiesen, etwa zu Auslastung und Öffnungszeiten bestehender Kassensitze. Hier erwarten wir deutlich mehr Transparenz vonseiten der KV, auch im Sinne eines konstruktiven und lösungsorientierten Austauschs.

Wir werden diese offenen Fragen unter anderem in einer von Rot-Grün beantragten Expert:innenanhörung im Gesundheitsausschuss im März weiter vertiefen, zu der wir die vor allem zuständigen Beteiligten der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen eingeladen haben.“

Sechs schulische Projekte mit BERTINI-Preis

Schüler:innen auf der Suche nach vergangenem und gegenwärtigem Unrecht und mit Engagement für ein gleichberechtigtes Miteinander

Am 27. Januar 2026, dem internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, habe ich im Ernst-Deutsch-Theater an der 28. Verleihung des BERTINI-Preises teilgenommen. Der BERTINI-Preis 2025 wurde an 126 junge Menschen aus sechs schulischen Projekten verliehen. Beworben hatten sich 19 Projekte, dabei waren Schüler:innen aus 9 Stadtteilschulen, 7 Gymnasien, einer beruflichen Schule, junge Menschen aus einem Theaterprojekt sowie zwei Studierende vertreten. Die Preisverleihung im Ernst Deutsch Theater wurde eröffnet durch ein Grußwort unserer Senatorin Melanie Schlotzhauer, die Festrede hielt Hèdi Bouden, moderiert wurde die Veranstaltung von Christian Buhck.

Unsere Bildungssenatorin Ksenija Bekeris: „Die Schülerinnen und Schüler sind im Rahmen von sechs Projekten auf die Suche nach vergangenem und gegenwärtigem Unrecht gegangen und haben sich für ein gleichberechtigtes Miteinander engagiert. Über dieses Engagement freue ich mich sehr und ermutige alle Hamburger Schülerinnen und Schüler sich ganz im Sinne von Ralph Giordano gegen die Ausgrenzung von Menschen einzusetzen. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen erfordern umso mehr Engagement und Haltung jedes und jeder Einzelnen, auch im schulischen Alltag.“



Ausgezeichnet wurden folgende Projekte:

Die Klasse 8d der Otto-Hahn-Schule entwickelte das eindrucksvolle Theaterprojekt „Nie wieder!“ auf Grundlage des Romans „Damals war es Friedrich“ von Hans Peter Richter. Die Schüler:innen setzten sich intensiv mit den Themen Nationalsozialismus, Verfolgung der Jüd:innen und den Parallelen zur heutigen Zeit auseinander. Das Stück „Nie wieder!“ ruft dazu auf, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Intoleranz zu stellen. Die Schüler:innen übernahmen Recherche, Drehbuch, Regie und Aufführung selbstständig. Das Projekt steht beispielhaft für Erinnerungskultur, Zivilcourage und gelebte Demokratie im Schulalltag.

Die Theaterkurse des 12. und 13. Jahrgangs der Stadtteilschule Bramfeld setzen sich in ihrem Stück „... weil ich NEIN sagte“ mit einem hochaktuellen und gesellschaftlich relevanten Thema auseinander: Gewalt gegen Frauen. Ausgangspunkt war die erschütternde Erkenntnis, dass in Deutschland fast täglich ein Femizid geschieht und jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens physische oder sexualisierte Gewalt erfährt. Die Schüler:innen entwickelten ein etwa 40-minütiges multimediales Theaterstück, das verschiedene Formen von Gewalt sichtbar macht – von psychischer und physischer bis hin zu digitaler Gewalt. Durch den Einsatz unterschiedlicher Medienformate entsteht ein eindringliches, interaktives Erlebnis, das Betroffenen eine Stimme gibt und das Publikum zum Nachdenken und Handeln anregt. Das Projekt zeigt eindrucksvoll, wie junge Menschen künstlerische Mittel nutzen, um gesellschaftliche Missstände zu thematisieren und Bewusstsein für Gleichberechtigung und Menschenwürde zu schaffen.

Zu Beginn des Jahres 2025 feierte die Schulgemeinschaft des Friedrich-Ebert-Gymnasiums die „Feste der Demokratie“. Anlass waren der 100. Todestag des Namensgebers Friedrich Ebert sowie die Bürgerschafts- und Bundestagswahlen. Ziel war es, demokratische Werte sichtbar zu machen und ihre Bedeutung im Unterricht wie im Schulalltag hervorzuheben. Der Höhepunkt entstand jedoch durch eine aktuelle politische Situation: Eine AfD-Wahlkampfveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Halle mobilisierte zahlreiche Schüler:innen und Lehrkräfte, die sich mit Bannern und demokratischen Botschaften im Schulraum positionierten. Auf dem Schulhof spannten sie ein großes Banner mit der Aufschrift „Demokratie braucht keine Alternative!“ sowie weitere Symbole für Vielfalt und Zusammenhalt. Das Projekt stärkte das demokratische Bewusstsein der gesamten Schulgemeinschaft und setzte ein klares, sichtbares Zeichen gegen Extremismus und für eine offene, vielfältige Gesellschaft.

Seit Frühjahr 2024 erforscht die AG „Jüdische Biografien“ des Helene-Lange-Gymnasiums die Lebenswege der rund 300 jüdischen Schülerinnen, die zwischen 1910 und 1934 das Helene-Lange-Gymnasium besuchten. Daraus entstand ihr Projekt „Hier lernten...“. In Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Stolpersteine und jüdisches Leben“ recherchierten die Schüler:innen im Staatsarchiv, besuchten Gräber auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf und machten berührende biografische Funde. Ziel ist die Gestaltung einer dauerhaften Galerie mit biografischen Porträts im Schulgebäude. Aus der Projektarbeit entstand die Verlegung von 27 Stolpersteinen am 8. Juli 2025 vor dem Gymnasium, die an ermordete ehemalige Schülerinnen erinnern. Die feierliche Zeremonie wurde von der Schulgemeinschaft gestaltet und live in alle Klassenräume übertragen. Gunter Demnig verlegte die Steine persönlich, Schüler:innen trugen Gedichte und Auszüge aus Biografien vor, das Jewish Chamber Orchestra spielte, und der Landesrabbiner sprach ein bewegendes Grußwort. Das Projekt schafft einen wichtigen Raum der Erinnerung, würdigt individuelle Schicksale und stärkt das historische Bewusstsein der Schulgemeinschaft nachhaltig.

Die berufliche Schule BS02 führte einen umfangreichen Aktionsmonat zur temporären Schulumbenennung zu „Julius Hirsch Schule“ durch. Im Rahmen des Projekts „Julius Hirsch“ setzten sich 21 Klassen verschiedenster Bildungsgänge mit Themen wie Demokratie, Menschenrechte, Antifaschismus und Erinnerungskultur auseinander. Sichtbar wurde der neue Namensgeber durch eine Graffitiwand, Sticker, Banner und Plakate, ergänzt durch vielfältige Workshops und Projekte: darunter Besuche beim NDR am Tag der Pressefreiheit, in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Lesungen von Brix Schaumburg, ein Workshop zu Zusammenhalt, eine große Graffitiaktion sowie

die Ausstellung „Rechte Gewalt in Hamburg von 1945 bis heute“. Zudem beteiligten sich Klassen am Aktionstag „Orange the World“ und die Schülervertretung nahm an der Verlegung des Stolpersteins für Elise Krämer teil. Am 27. November 2025 repräsentierten zudem zehn Schüler:innen und zehn Kolleg:innen die Schule bei der Julius-Hirsch-Preisverleihung in der Fabrik; dort stellten zwei Jugendliche die Vita von Julius Hirsch vor und präsentierten Projektergebnisse auf der Galerie. Den Abschluss bildete am 28. November 2025 eine gemeinsame Veranstaltung mit Schüler:innen und zahlreichen Gästen aus Gedenk-, Fußball- und Zivilgesellschaft, darunter Vertreter:innen der DFB-Kulturstiftung, der Gedenkstätte Neuengamme und der Familie Hirsch. Der Aktionsmonat schärfte das Bewusstsein für historische Verantwortung, stärkte demokratische Haltung und setzte ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung – gekrönt von einem gemeinsamen Karaoke-Flashmob zu „You’ll Never Walk Alone“.

Basierend auf dem Spiel „Secret Hitler“ hat das Theaterprofil Jahrgang 12 der Stadtteilschule Blankenese die Gameshow „Wer die Wahl hat“ zur Demokratieförderung entwickelt, die interaktiv mit ihrem Publikum ist und deren Ausgang jedes Mal anders sein kann. Spielerisch zeigen sie auf, wie schleichend sich faschistische Positionen ausbreiten können, die in populistischem Gewand unterhaltsam und kurzweilig daherkommen.

Ausführliche Berichte zu den sechs Preisträger:innen-Projekten finden sich unter www.bertini-preis.de oder auf den Instagram- und Facebook-Accounts (@bertinipreis).

Hintergrund: Der BERTINI-Preis

Der Name des Preises geht zurück auf den Roman „Die Bertinis“, in dem der Hamburger Schriftsteller Ralph Giordano, angelehnt an das Schicksal seiner Familie, die Verfolgung in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur schildert. Der Roman geißelt die Ausgrenzung, Verfolgung und Erniedrigung, die viele Hamburger:innen in jener Zeit erlitten, und er beschreibt Menschen, die damals wegschauten, das Unrecht duldeten oder unterstützten. Zugleich würdigt er jene, die Zivilcourage bewiesen und ihren verfolgten Mitbürger:innen – oft unter Einsatz des eigenen Lebens – geholfen haben.

Anknüpfend daran will der BERTINI-Preis Projekte fördern, die sich gegen Ausgrenzung von Menschen in Hamburg wenden. Der BERTINI-Preis fördert Erinnerungsarbeit und die Aufdeckung von Spuren vergangener Unmenschlichkeit in Hamburg. Er würdigt junge Menschen, die ungeachtet der persönlichen Folgen couragiert eingegriffen haben, um Unrecht, Ausgrenzung und Gewalt von Menschen gegen Menschen in Hamburg zu verhindern.

Weitere Informationen: www.bertini-preis.de

Verleihung Werner-Otto-Preis für Inklusion im Sport



Inklusion im Sport sichtbar machen und würdigen – dafür steht der Werner-Otto-Preis, der seit 2011 in Hamburg verliehen wird. Letzte Woche war ich bei der Preisverleihung der diesjährigen Preisträger.

Der Hauptpreis ging an Autismus Hamburg e.V., dem diesjährigen Gewinner für „Rugby für autistische Kinder.“ Kinder zwischen 8 und 12 Jahren erleben hier Sport in einem geschützten Rahmen, mit klaren Strukturen, einem sensiblen Trainerteam und ohne Ausgrenzung.

Anerkennungen mit je 5.000 Euro erhielten:

→ Brücken für Kinder e.V. mit dem „HafenCity Run inklusive“ als Einstig in den Vereinssport

→ SV Eidelstedt für ihr inklusives Schwimmangebot

→ SC Poppenbüttel für die Gehschule für beinamputierte Menschen, zurück in Bewegung und Alltag.

Carsten Brosda in Bramfeld



Was gibt uns in bewegten Zeiten angesichts der Krisen, globalen Umbrüche und gesellschaftlichen Spannungen, die unsere Gegenwart prägen, eigentlich Zuversicht?

Genau darüber hat unser Kultursenator Dr. Carsten Brosda gesprochen, der launig und klug zum Thema seines Buches „Zuversicht wagen“ erzählte und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kam. Es wurde deutlich, dass Demokratie Zukunftsbilder braucht, die Mut machen und dass gute Erzählungen wichtiger sind denn je.

Insgesamt ein gelungener Abend, bei dem die Bedeutung konstruktiver öffentlicher Debatten in polarisierten Zeiten und die Frage, wie politische Visionen wieder stärker im Alltag der Menschen verankert werden können, im Mittelpunkt standen.

Festliche Preisverleihung des Lessing Preises im Thalia Theater



Am 25. Januar hat unser Kultursenator Carsten Brosda den mit 20.000 Euro dotierten Lessing-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg an die Schriftstellerin und Buchgestalterin Judith Schalansky überreicht. Von Judith Schalansky sind z.B. die Titel „Blau steht dir nicht“, „Der Hals der Giraffe“ und „Verzeichnis einiger Verluste“.

Das mit 10.000 Euro dotierte Lessing-Stipendium ging an die Autorin und Lyrikerin Anja Kampmann (unter anderem „Wie hoch die Wasser steigen“, „Die Wut ist ein heller Stern“).

Bundesrat beschließt Hamburger Initiative zum Gewaltschutz

Opfer von häuslicher Gewalt sollen einen gemeinsam mit dem Täter geschlossenen Mietvertrag einfacher auflösen können. Der Bundesrat hat einen entsprechenden Gesetzesantrag aus Hamburg beschlossen, dem sich Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland angeschlossen hatten. Bisher haben es Opfer von häuslicher Gewalt oft schwer, aus dem gemeinsamen Mietvertrag mit dem Täter oder der Täterin ausscheiden zu können. Stellt sich der ehemalige Partner quer, hilft mitunter nur noch eine Klage. Durch den Gesetzesantrag sollen Betroffene künftig schnell und unkompliziert aus dem gemeinsamen Mietvertrag ausscheiden können. Unser Senat setzt damit einen rot-grünen Antrag aus der Hamburgischen Bürgerschaft um; im vergangenen Jahr hatte Hamburg bereits auf der Justizministerkonferenz einen entsprechenden Beschluss erreicht.

Justizsenatorin Anna Gallina: „Es ist ein weiterer Baustein für einen möglichst effektiven und lückenlosen Schutz bei häuslicher Gewalt. Wir wollen den Opfern einen Neuanfang außerhalb einer gemeinsam mit dem Täter gemieteten Wohnung erleichtern. Bisher stehen die Opfer mitunter vor einem langwierigen Rechtsstreit. Das belastet zusätzlich, denn oft finanzieren die Betroffenen noch die Miete des Täters mit und es fehlen ihnen nach einem Aufenthalt im schützenden Frauenhaus auch die Mittel für eine eigene sichere Wohnung. Indem wir Betroffenen den Weg zur Kündigung des gemeinsamen Mietvertrags erleichtern, entziehen wir dem gewalttätigen Partner auch die Möglichkeit, über die gemeinsame Wohnung weiter Kontrolle über das Opfer auszuüben.“

Der Antrag sieht eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes vor. Bisher kann eine Betroffene beim Gericht beantragen, dass ihr die gemeinsam mit dem Täter bewohnte Wohnung zugewiesen wird. Die Initiative sieht vor, dass Opfer im Rahmen des Gewaltschutzverfahrens alternativ das Recht haben sollen, vom Täter die Zustimmung zur Kündigung der gemeinsam angemieteten Wohnung zu verlangen. Die gleichen Ausschlussgründe, die bisher für die Wohnungszuweisung gelten, sollen auch für dieses neue Recht gelten. Der Gesetzesantrag berührt nicht die Rechte der Vermieter:innen, sondern würde den Betroffenen die Durchsetzung ihres bestehenden Kündigungsrechts erleichtern.

Hintergrund

Ein gemeinsam geschlossener Mietvertrag muss auch von beiden Mietparteien gemeinsam gekündigt werden. Weigert sich der ehemalige Partner, ist das aus mehreren Gründen problematisch: Neben dem oft langwierigen belastenden Rechtsstreit haften die Betroffenen häuslicher Gewalt bis zur Kündigung und Räumung der Wohnung für weitere

Forderungen aus dem Mietverhältnis mit. Zudem stehen den Betroffenen die Mittel, um vorerst zwei Wohnungen zu finanzieren, häufig nicht zur Verfügung. Dadurch wird ein Neuanfang oft verzögert oder sogar verhindert. Insbesondere, wenn die Opfer in ein Frauenhaus geflüchtet sind, wollen sie häufig nicht in das bisherige Umfeld zurückkehren.

Neujahrsempfang im Bramfelder Kulturladen - Ehrenamt im Talk



Am 15. Januar 2026 durften wir im Bramfelder Kulturladen einen besonderen Neujahrsempfang erleben. Unter dem Motto „Ehrenamt im Talk“ stand neben dem Austausch mit den Akteuren im Stadtteil das Engagement für unseren Stadtteil im Mittelpunkt.

Im Gespräch mit Max Engelke, Geschäftsführer des Brakula, wurde deutlich, wie wichtig Zusammenarbeit, Herzblut und freiwilliger Einsatz für ein lebendiges Bramfeld sind.

Gemeinsam mit dem Bramfelder Sportverein, der Bramfelder Laterne und der Freiwillige Feuerwehr Bramfeld haben wir spannende Einblicke in die vielfältige Ehrenamtsarbeit vor Ort erhalten.

Musikalisch untermalt wurde dieser schöne Neujahrsempfang vom Orchester der Freiwilligen Feuerwehr Bramfeld.

Sanierungsfonds Hamburg 2030: Rot-Grün sichert Zukunft des Dialoghauses Hamburg

Das Dialoghaus Hamburg erreicht seit über 25 Jahren als wichtiger außerschulischer Lern- und Erlebnisort jährlich rund 90.000 Besucher:innen, darunter zahlreiche Schulklassen, und ist zugleich ein inklusiver Arbeitgeber. Aufgrund baulicher, energetischer und infrastruktureller Defizite am bisherigen Standort sowie zwingender Bauarbeiten an der Kaimauer steht das Dialoghaus vor einem notwendigen Umzug bis Ende 2027. Um den Fortbestand des Angebots und der Arbeitsplätze zu sichern, haben wir die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie für einen neuen Standort in Höhe von maximal 500.000 Euro aus dem Sanierungsfonds 2030 auf den Weg gebracht. Weitere 500.000 Euro wurden bereits aus dem Quartiersfonds bewilligt. Ziel ist es, eine Schließung oder einen kostenintensiven Interimsbetrieb zu vermeiden und die Planungen rechtzeitig voranzubringen.

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Das Dialoghaus Hamburg steht beispielhaft für gelebte Inklusion, soziale Bildung und Vielfalt in unserer Stadt. Es ist ein Lernort, der Perspektiven wechselt, Verständnis schafft und Menschen miteinander verbindet. In Ausstellungen wie ‚Dialog im Dunkeln‘ können Sehende erfahren, wie sich blinde und sehgeschädigte Menschen im Alltag orientieren. Für rund 90.000 Besucher:innen im Jahr öffnet sich dadurch ein Fenster, das einen Blick in das Leben und die Herausforderungen von Menschen mit Sehbeeinträchtigung erlaubt. Dafür ist ein barrierefreier, gut erreichbarer Standort unverzichtbar. Mit der Machbarkeitsstudie schaffen wir die Grundlage, um diesen besonderen Ort langfristig zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und Inklusion auch baulich und strukturell konsequent mitzudenken. Mit maximal 500.000 Euro aus dem Sanierungsfonds sowie weiteren Mitteln aus dem bezirklichen Quartiersfonds soll ein neuer, zentraler und barrierefreier Standort gefunden werden, der langfristig einen inklusiven und wirtschaftlichen Betrieb sicherstellt. Das ist eine

Investition in den sozialen Zusammenhalt und in die Zukunft unserer Stadt.

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997

